

31. Sessionsrückblick von Nationalrat Thomas Aeschi

Sonder- und Sommersession 2019



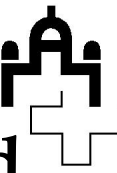
-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 3. Besuch im Bundeshaus
 4. Aktualitäten

1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

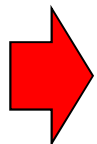
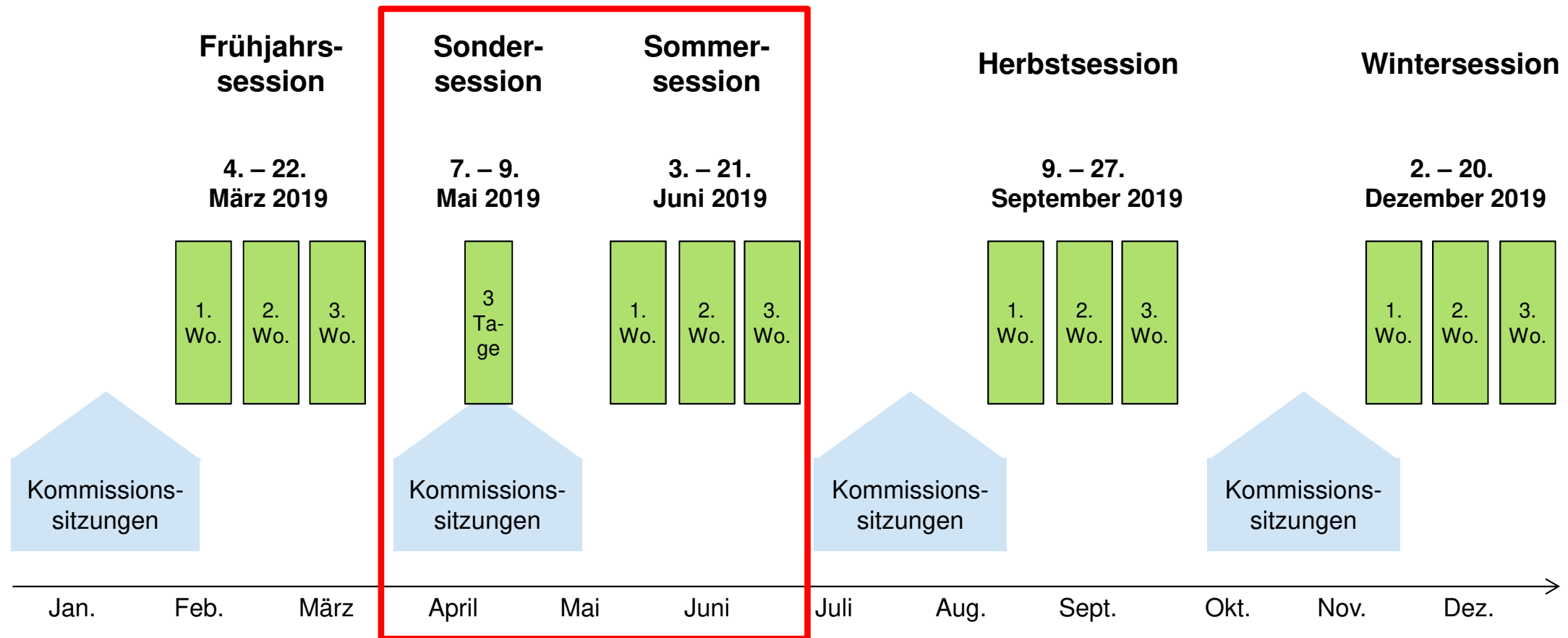
2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session

3. Besuch im Bundeshaus

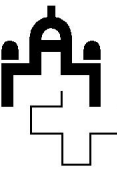
4. Aktualitäten



In diesem Sessionsrückblick informiere ich über die Sonder- und Sommersession und andere wichtige politische Entwicklungen



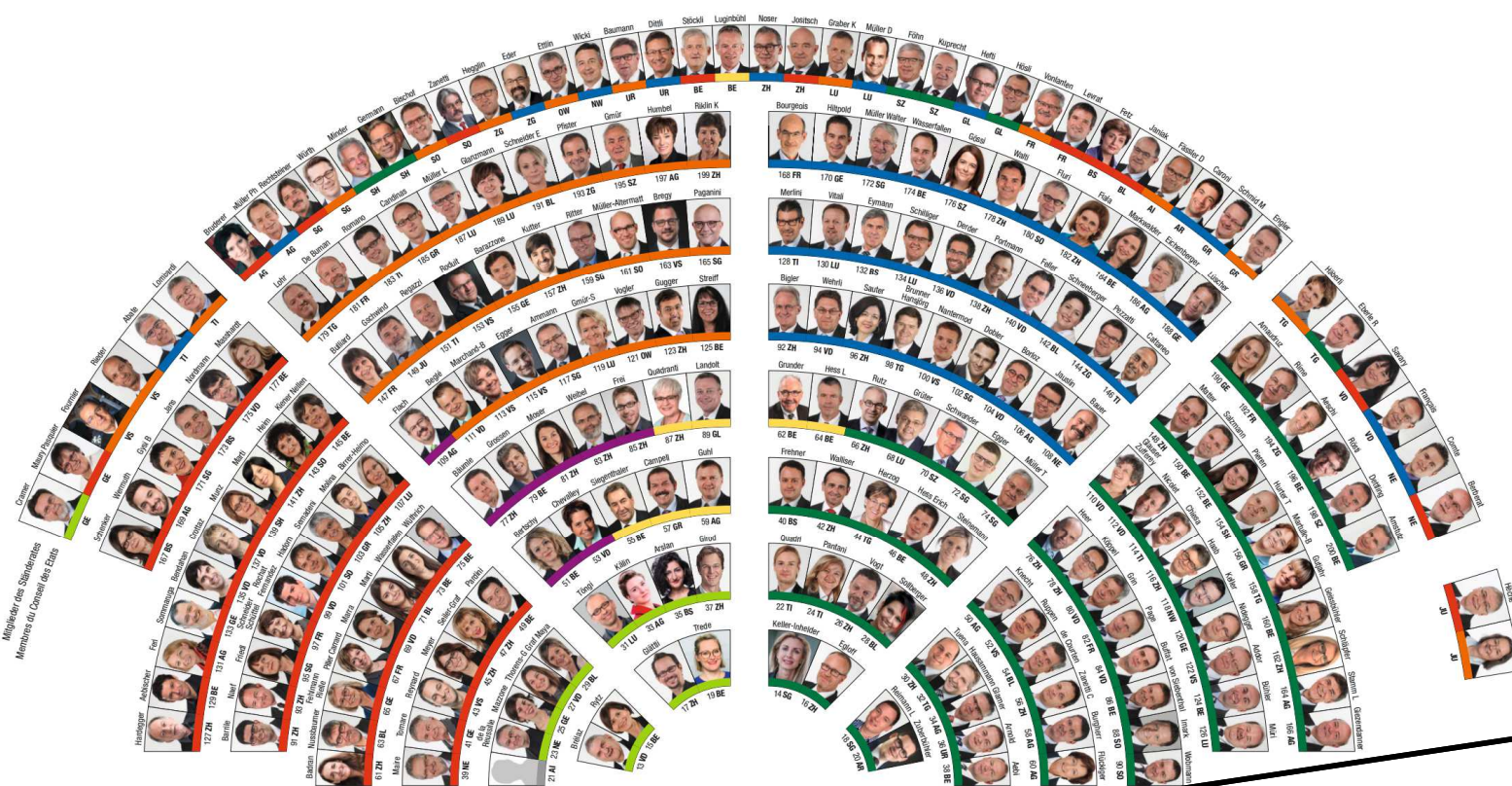
Zusätzlich zu den Sessionen und Kommissions-/Delegationssitzungen finden Sitzungen von parlamentarischen Gruppen, Informationsveranstaltungen und andere Anlässe statt.



Eine typische Sessionswoche besteht nicht nur aus Ratsdebatten, sondern auch aus Fraktions- und Informationstreffen

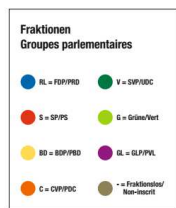


Der Nationalrat wird durch eine Vertreterin der SP präsidiert, die Vizepräsidenten vertreten die FDP und die SVP



Stärke der Fraktionen im Nationalrat

SVP:	68
SP:	43
FDP:	33
CVP/EVP:	30
Grüne:	12
GLP:	7
BDP:	7



Quelle: www.parlament.ch

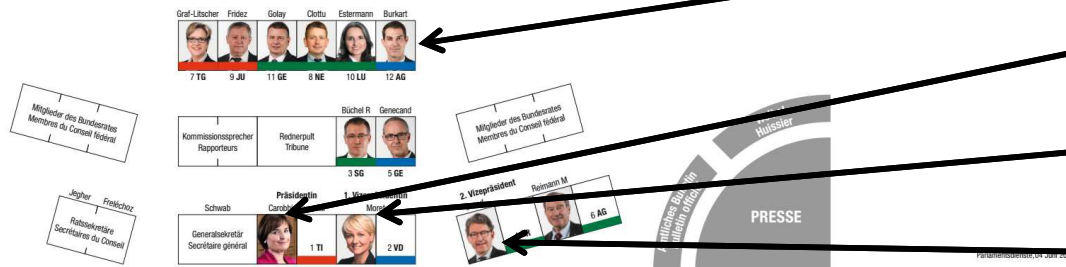
TA / 26. Juni 2019

8 Stimmzähler

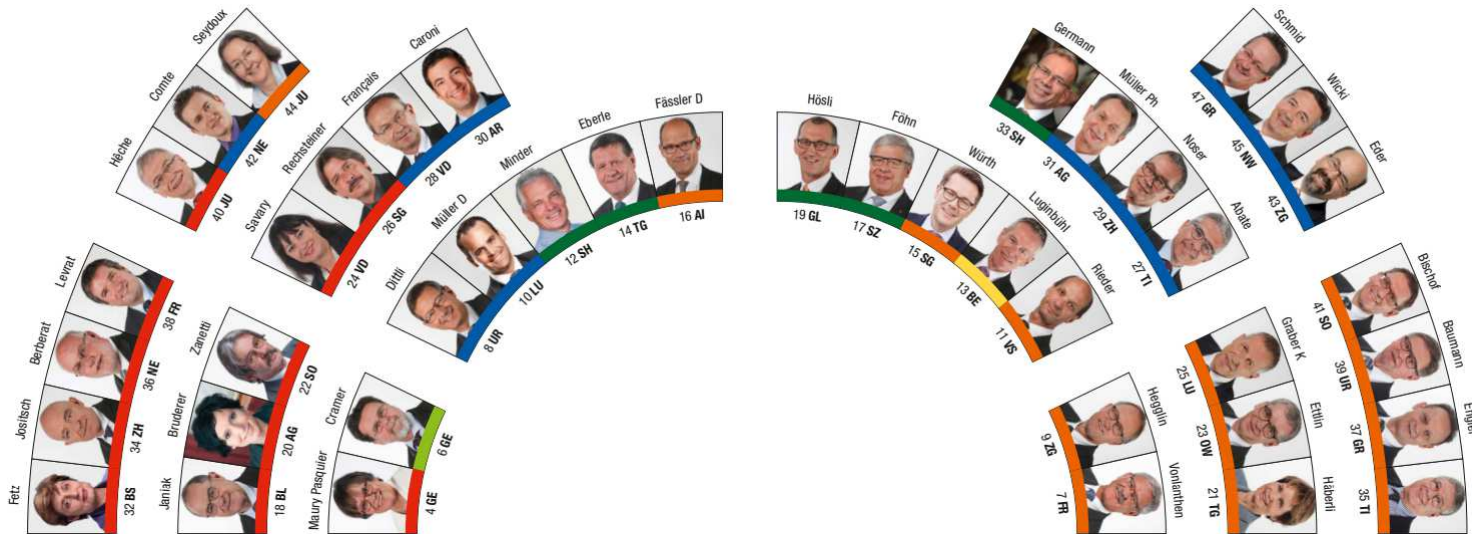
Präsidentin (SP)

1. Vizepräsidentin (FDP)

2. Vizepräsident (SVP)

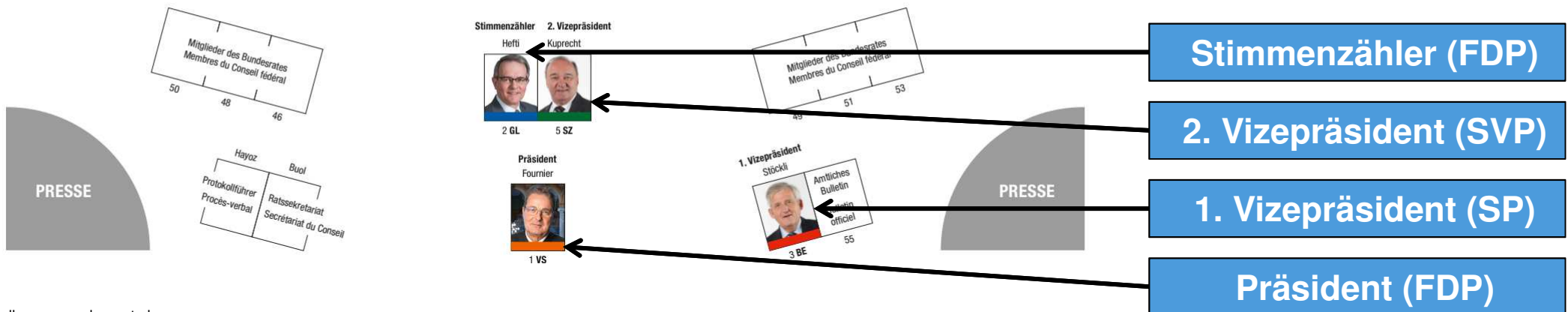


Der Ständerat wird durch eine Vertreterin der CVP präsidiert, die Vizepräsidenten vertreten die SP und die SVP



Stärke der Fraktionen im Ständerat

FDP:	13
CVP/EVP:	13
SP:	12
SVP:	6
Grüne:	1
BDP:	1
GLP:	0

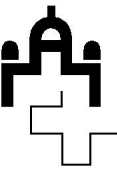


1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session

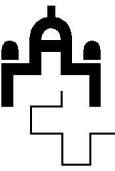
3. Besuch im Bundeshaus

4. Aktualitäten

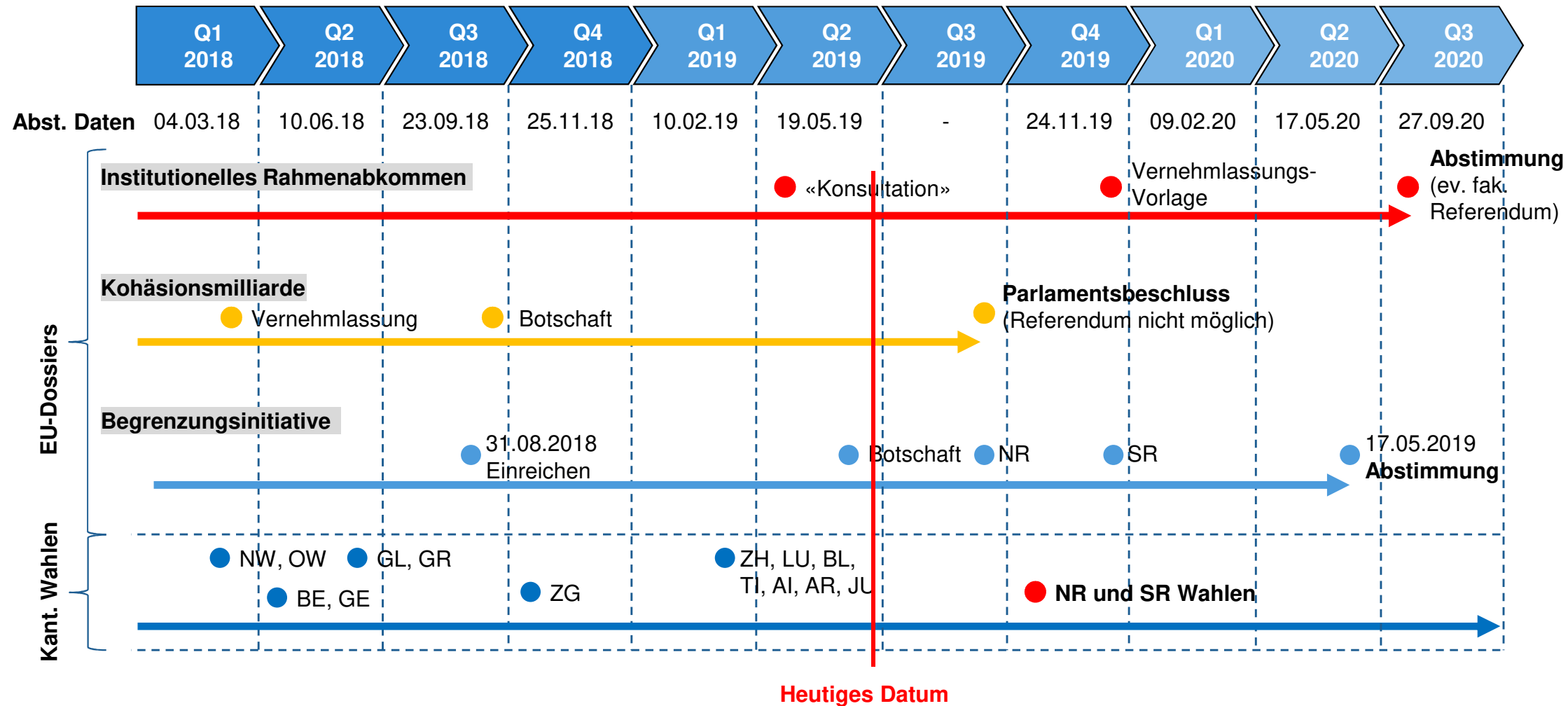


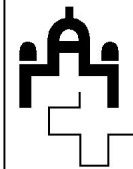
Die untenstehenden Geschäfte sind die bedeutendsten der Sonder-/Sommersession und werden nachfolgend vertieft behandelt

- 1 Schweiz-EU: Institutionelles Rahmenabkommen (InstA)
- 2 Schweiz-EU: Kohäsionsmilliarde
- 3 Schweiz-EU: Begrenzungsinitiative
- 4 Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen
- 5 Trinkwasser- und Pestizidverbotsinitiative
- 6 Verordnungsveto
- 7 Bundesgesetz über die Währung und die Zahlungsmittel
- 8 Vereidigungen
- 9 Diverse weitere Geschäfte, u.a.
 - Kriminelle EU-Ausländer sollen weiterhin in der Schweiz bleiben dürfen
 - Bundesrat soll weiterhin Flüchtlinge direkt einfliegen dürfen
 - Mehrheit will Aktivisten des politischen Islams nicht ausweisen
 - Geschlechterrichtwert für Verwaltungsräte und Geschäftsleitungen
 - Einführung des Vaterschaftsurlaubs



Neben dem institutionellen Rahmenabkommen behandelt das Parlament die Kohäsionsmilliarde und die Begrenzungsinitiative





ACCORD FACILITANT LES RELATIONS BILATÉRALES ENTRE L'UNION EUROPÉENNE ET LA CONFÉDÉRATION SUISSE DANS LES PARTIES DU MARCHÉ INTÉRIEUR AUXQUELLES LA SUISSE PARTICIPE

L'UNION EUROPÉENNE,

d'une part, et

LA CONFÉDÉRATION SUISSE, ci-après dénommée la Suisse

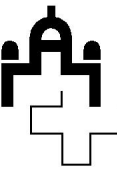
d'autre part,

ci-après dénommées les «PARTIES CONTRACTANTES»,

RÉAFFIRMANT la grande priorité qu'elles attachent aux relations privilégiées, fondées sur leur proximité, leurs valeurs communes et leur identité européenne, qui lient l'Union européenne, ses États membres et la Suisse,

CONSIDÉRANT que l'Union européenne et la Suisse sont liées par de nombreux accords bilatéraux couvrant divers domaines et prévoyant des droits et des obligations spécifiques, analogues, à certains égards, à ceux prévus pour l'Union européenne;

RAPPELANT que l'objectif de ces accords bilatéraux est de resserrer les liens économiques entre l'Union européenne et la Suisse, reposant sur l'égalité, la réciprocité et l'équilibre général des avantages, des droits et obligations des parties contractantes;



SVP fordert Rückweisung des EU-Rahmenabkommens

- Mittels einer Motion in beiden Räten fordert die SVP den Bundesrat auf, weder mit der EU noch mit anderen Staaten bilaterale oder multilaterale Abkommen abzuschliessen, die eine Verpflichtung zur dynamischen, d.h. automatischen und zwingenden Rechtsübernahme beinhalten oder die die Gerichtsbarkeit der Gegenpartei zur Streitentscheidung vorsehen, da dies ein krasser Verstoss gegen den Zweckartikel der Bundesverfassung wäre.
- Gleichzeitig überwiesen beide Räte Kommissionsmotionen, mittels denen der Bundesrat beauftragt wird, mit der EU Zusatzverhandlungen zu führen oder andere geeignete Massnahmen zu ergreifen, um das institutionelle Abkommen mit der EU zu verbessern. Der Ständerat stimmte Motion mit 22 zu 14 Stimmen bei 6 Enthaltungen zu, der Nationalrat mit 122 zu 38 Stimmen bei 24 Enthaltungen.

19.3717 Mo. [Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes, wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes: Rückweisung des institutionellen Rahmenabkommens an die EU](#)

19.3416 [Mo. Kommission Wirtschaft und Abgaben SR. Zusatzverhandlungen zum institutionellen Abkommen mit der EU](#)

19.3420 [Mo. Kommission Wirtschaft und Abgaben NR. Zusatzverhandlungen zum institutionellen Abkommen mit der EU](#)

Versand per E-Mail

Jean-Claude Juncker
Europäische Kommission

Bern, den 7 Juni 2019

Institutionelles Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident,

Der Konsultationsprozess über den Entwurf des institutionellen Abkommens, den wir seit Anfang des Jahres in unserem Land mit den betroffenen Kreisen durchgeführt haben, ist nun abgeschlossen. Dieser Prozess reiht sich in die schweizerischen Traditionen des Ausgleichs und der Kompromissfindung ein, welche Zeit brauchen und eine zentrale Säule unseres Systems der direkten Demokratie darstellen. Wie in den Schlussfolgerungen des Rates vom 19. Februar 2019 zu den Beziehungen der EU zur Schweizerischen Eidgenossenschaft bekräftigt wurde, sind «die EU und die Schweiz enge Verbündete und wichtige Wirtschaftspartner». Diese enge Partnerschaft widerspiegelt nicht nur unsere starke wirtschaftliche Verflechtung, sondern auch unsere gemeinsamen Werte, was sich in einer Vielzahl von Kooperationsbereichen zeigt. Diese Partnerschaft wurde in der Schweiz mehrfach durch Volksabstimmungen bestätigt, zuletzt am 19. Mai 2019. Dabei haben das Schweizer Stimmvolk und die Kantone mit deutlicher Mehrheit die Übernahme der Waffenrichtlinie der EU, welche eine Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes darstellt, angenommen (mit 63,7% der Stimmen und der Zustimmung sämtlicher Kantone mit einer Ausnahme). Ebenso deutlich angenommen wurde die Steuerreform und Finanzierung der Alters- und Hinterlassenenversicherung AHV (mit 66,4% der Stimmen und der Zustimmung aller Kantone). Diese jüngsten Erfolge zeigen, dass die internen Verfahren der Schweiz zwar Zeit brauchen, dabei jedoch Lösungen ermöglichen, die sich auf einen breiten und soliden Rückhalt abstützen.

Der Bundesrat will die Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten konsolidieren und weiterentwickeln. Er anerkennt, dass dies auch den Abschluss eines neuen institutionellen Rahmens und die Fortsetzung eines umfassenden und nachhaltigen politischen Dialogs miteinschliesst. Gleichzeitig bekräftigt der Bundesrat, dass die Beteiligung der Bevölkerung bei der Festlegung seiner Politik unabdingbar ist. Ohne die Unterstützung und das Engagement der Schweizer Bürgerinnen und Bürger ist die Regierungstätigkeit nicht nachhaltig. In diesem Kontext gilt es daran zu erinnern, dass das institutionelle Abkommen praktisch sicher Gegenstand einer Volksabstimmung sein wird. Darum muss der Bundesrat die anstehenden politischen Entscheide berücksichtigen, insbesondere die Abstimmung über die Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung» (die Begrenzungsinitiative, welche die Kündigung der Freizügigkeit fordert). Der Bundesrat lehnt

diese Initiative zwar klar ab, muss sie aber in seine Überlegungen zur Politik gegenüber der Europäischen Union mit einbeziehen.

In den Debatten und Diskussionen zum institutionellen Abkommen, die wir während den letzten Monaten in der Schweiz geführt haben, wurden drei Aspekte des Textes hervorgehoben, die in der vorliegenden Fassung keine Mehrheit erreichen würden. Es handelt sich dabei um die getroffenen Regelungen betreffend bestimmter Aspekte der staatlichen Beihilfen, um die Richtlinie 2004/38/EG über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten (Unionsbürgerrichtlinie) sowie um den Lohnschutz im Zusammenhang mit der Entsendung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Obgleich der Bundesrat seine Absicht bekräftigt, mit der Europäischen Union Lösungen zu den institutionellen Fragen zu finden, und er das Verhandlungsergebnis des institutionellen Abkommens in weiten Teilen als im Interesse der Schweiz erachtet, hält er es, mit dem Ziel das Abkommen dem Parlament zu unterbreiten, für erforderlich:

- klarzustellen, dass die Bestimmungen über die staatlichen Beihilfen im Entwurf des institutionellen Abkommens keine horizontale Wirkung haben, insbesondere nicht auf das Freihandelsabkommen von 1972 vor seiner allfälligen Modernisierung; dies würde insbesondere dadurch erreicht, dass auf den letzten Erwägungsgrund des Beschlussentwurfs des Gemischten Ausschusses des FHA verzichtet wird.
- Rechtssicherheit bezüglich des in der Schweiz geltenden Lohnschutzniveaus zu schaffen.

Was die Unionsbürgerrichtlinie betrifft, präzisiert die Schweiz, dass keine Bestimmung des institutionellen Abkommens als Verpflichtung der Schweiz zur Übernahme der genannten Richtlinie sowie ihrer Weiterentwicklungen ausgelegt werden kann und dass eine allfällige Übernahme der genannten Richtlinie durch die Schweiz nur mittels Verhandlungen zwischen den Parteien erfolgen kann.

Auf der Grundlage dieser Elemente ist der Bundesrat bereit, mit der Kommission unter Ihrer Präsidenschaft in Dialog zu treten, um eine für beide Seiten gleichermassen zufriedenstellende Lösung zu finden. Der Bundesrat wird seinerseits die Sozialpartner in seine Überlegungen einbeziehen. Gleichzeitig erwartet der Bundesrat, dass die Parteien die laufenden Verhandlungen und Diskussionen in den anderen Bereichen der Kooperation einvernehmlich fortsetzen und dass die Anerkennung der Börsenäquivalenz (MIFIR23) für die Schweiz gemäss den internen Verfahren der EU verlängert wird.

Wir versichern Sie, sehr geehrter Herr Präsident, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates:

Ueli Maurer
Bundespräsident

Walter Thurnherr
Bundeskanzler



Jean-Claude JUNCKER
Président de la Commission européenne

Rue de la Loi, 200
B-1049 Bruxelles
Tél. +32 2 295 50 33
jean-claude.juncker@ec.europa.eu

Bruxelles le 11 juin 2019
Ares (2019) 4158772

Monsieur le Président, *Ueli Maurer*

Je tiens à vous remercier pour votre courrier en date du 7 juin, dans lequel vous me confirmez la volonté du Conseil fédéral de parvenir à une solution mutuellement satisfaisante avec la Commission que j'ai l'honneur de présider, ceci en vue de transmettre au Parlement suisse « l'Accord facilitant les relations bilatérales entre l'Union européenne et la Confédération suisse dans les parties du marché intérieur auxquelles la Suisse participe ».

Je veux y voir un message positif qui nous permettra de signer, ensemble, cet accord fondamental dans les meilleurs délais. Beaucoup d'efforts ont été déployés par les deux parties depuis le début de ces négociations. Elles ont été longues, intenses, parfois difficiles. Je crois qu'elles méritent aujourd'hui d'être un succès.

Il y a maintenant cinq ans, l'Union européenne et la Suisse engageaient des négociations en vue de se doter d'un accord-cadre ayant pour objet d'approfondir nos relations privilégiées, fondées sur notre proximité, nos valeurs communes et notre identité européenne. Tel que finalisé en novembre 2018, cet accord-cadre devrait pouvoir garantir, à l'avenir, les conditions d'un tel élan. Je le crois profondément. Il offrira à la Suisse une participation ambitieuse et équilibrée au marché intérieur de l'Union, en garantissant à l'ensemble des acteurs suisses et européens une plus grande sécurité juridique, tout en préservant l'indépendance des institutions de l'Union, l'intégrité de notre marché intérieur ainsi que les principes fondamentaux découlant de la démocratie directe et du fédéralisme en Suisse.

Je prends aujourd'hui bonne note des demandes de clarifications que vous m'invitez à considérer. Je prends également acte du fait qu'elles résultent des consultations menées entre janvier et avril 2019 en Suisse. Mais vous comprendrez que ces demandes additionnelles ne sont pas sans créer, dans le contexte politique actuel, quelques difficultés à l'Union européenne.

Son Excellence Monsieur Ueli Maurer
Président de la Confédération suisse

A titre personnel et en ma qualité de Président de la Commission, je suis prêt à dissiper tous les doutes et suis ouvert à des discussions complémentaires, pour autant que celles-ci permettent un accord dans les jours à venir, sous la forme d'une ou plusieurs déclaration(s) conjointe(s), sur les clarifications concernées.

Ce faisant, vous me permettrez de rappeler que la négociation de l'accord-cadre ainsi que de son annexe, de ses trois protocoles, de ses deux déclarations et du projet de décision joint – l'ensemble de ces pièces formant un tout indissociable –, a été conclue par le Commissaire Johannes Hahn et son homologue le Conseiller fédéral Ignazio Cassis en novembre dernier. Depuis, le Conseil de l'Union européenne, dans ses conclusions du 19 février 2019, a invité le Conseil fédéral à soumettre cet accord à l'adoption de l'Assemblée fédérale aussitôt la consultation des parties concernées terminée.

C'est pourquoi le périmètre de l'exercice qu'il nous convient d'envisager aujourd'hui doit rester très clair.

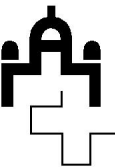
En premier lieu, nous devons certes apporter, ensemble, toutes les clarifications possibles et justifiables, mais dans le respect plein et entier de la lettre et de l'esprit du paquet global sur lequel les négociateurs se sont entendus en novembre 2018. Ce dernier ne sera pas renégocié.

Ensuite, il nous appartiendra de procéder rapidement. L'équipe de l'Union européenne est quant à elle disponible dès ce jour. Elle apportera les clarifications nécessaires, notamment en ce qui concerne la libre circulation des personnes et la dimension sociale de l'accord à laquelle je suis attaché aussi profondément que vous. Il est essentiel que cet exercice aboutisse à un accord sur les textes finaux de ces clarifications dans les tous prochains jours, ceci afin que le collège des commissaires puisse évaluer l'état général des relations entre l'Union européenne et la Suisse, à l'aune notamment des résultats de ces ultimes discussions, lors de sa réunion importante du 18 juin.

Au vu des Traités qui fondent en droit l'Union européenne, le mandat de la Commission que j'ai l'honneur de présider se terminera prochainement. Je souhaite que nous soyons en mesure de signer l'accord avant cette échéance. Au-delà, il m'est difficile de préjuger de ce qui adviendra d'un instrument aussi fondamental pour l'approfondissement et la pérennisation de l'approche bilatérale entre l'Union européenne et la Suisse.

Je vous prie d'agréer, Monsieur le Président, l'assurance de ma haute considération.

Jean-Claude Juncker



Dear Mr. President,

I will not be able to attend this week's meeting of the college, as I will represent the Commission at the General Affairs Council in Luxembourg for the discussion on the annual enlargement package. I may therefore set out my views on the Switzerland file in this letter, on top of the information note which fully captures the state of play.

Building on your strong personal investment throughout this mandate, I had a dozen political contacts with my Swiss counterpart, Federal Counsellor Cassis, in 2018 alone. Based on the tireless groundwork of our technical negotiators, we agreed a final text of a draft Institutional Framework Agreement (IFA) at the end of November last year, which was then subject to an internal "consultation" of stakeholders in Switzerland in the first months of 2019.

As you know, Switzerland is one of the main beneficiaries of the EU internal market, thanks to a large number of bilateral sectorial agreements. However, this mutually beneficial situation is increasingly strained. The draft IFA, which covers the main existing market access agreements and all future ones, addresses the serious concerns that all EU institutions have raised for many years: the insufficient take-over and selective application of our evolving "acquis" by the Swiss authorities - resulting in a lop-sided playing field and outright discrimination against our businesses; the lack of clear rules and enforcement methods for state aids; and an absolutely insufficient dispute settlement system which undercuts legal certainty.

At the same time, the IFA goes a long way in addressing Swiss domestic concerns, including on the so-called "flanking measures" of social protection. In other words: this is a workable and sustainable compromise on the basis of which our bilateral path could continue. I am grateful for the constructive attitude of all Commissioners concerned and their teams, notably Marianne Thijssen, Margrethe Vestager and Vera Jourova.

Unfortunately, I have the distinct impression that the Swiss government has been playing for time ever since our political agreement last year. They are not willing to commit ahead of their national elections in October 2019. Despite a rather constructive internal consultation in spring, the Federal Council has not clearly endorsed the IFA as agreed (let alone submitted it to the Swiss Parliament), but asked us for additional "clarifications". These requests are not innocent but amount to a re-opening of the agreement on the key aspects (state aids, free movement and discriminatory flanking measures). Moreover, despite your readiness to swiftly provide such targeted clarifications in writing, the government is not engaging seriously. On the contrary, it is scheduling further unspecified internal "consultations", and not working hard enough on its own domestic landing zone.

JOHANNES HAHN MEMBER OF THE EUROPEAN COMMISSION	Brussels, 17th June 2019
--	--------------------------

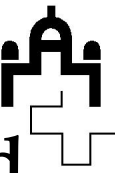
You will recall that the College had decided a limited, half-year extension of the stock market equivalence for Switzerland at the end of last year, expiring at the end of June 2019. This was precisely meant to provide an additional, visible and highly symbolic incentive for Berne to conduct their consultations swiftly and rally behind the draft Agreement, with a view of signing it still during our mandate.

I have to conclude that the steps taken by Switzerland over the last months are clearly insufficient in this regard. The political will we would need to see is not there. As things stand at the time of writing, I do not see satisfactory grounds for the College to propose a further extension. In fact, an expiry of the "equivalence" may be just the warning shot across the bow they need. We should of course indicate that we are willing to revert on this if there is credible and lasting buy-in in Berne. Also, from contacts with the financial sector, I understand that an expiry will cause no major disruptions, as the sector has already been preparing for this scenario.

We simply cannot accept further attempts of foot-dragging and watering down internal market rules, especially in what is probably the decisive phase regarding Brexit. In short: I believe we have no choice but to pass this crystal-clear message that the the IFA as it stands is as good as it gets and that we share an interest in moving ahead on this basis.

Yours faithfully

Johannes Hahn

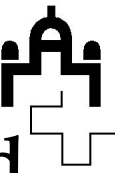


Beurteilung des Institutionellen Rahmenabkommens (InstA) und Forderungen der SVP (1/5)

Das Institutionelle Abkommen (InstA) zwischen der Schweiz und der EU verstösst gegen grundsätzliche Werte und Interessen der Schweizer Bürger und der schweizerischen Wirtschaft. Darum lehnt die SVP Schweiz das InstA entschieden ab. Die Unterzeichnung des InstA wäre staatspolitisch verwerflich. Insbesondere die Verpflichtung zur dynamischen (= automatischen) Rechtsübernahme und die Übernahme der EU-Gerichtsbarkeit sind existenzielle Verstösse gegen unsere Staatsverfassung und verletzen in krasser Weise die jahrhundertealten tragenden staatspolitischen Grundwerte der schweizerischen Eidgenossenschaft, die auch in der Bundesverfassung verbrieft sind. Das Abkommen höhlt die direkte Demokratie aus, missachtet die schweizerische Unabhängigkeit, die Neutralität und den Föderalismus und gefährdet die Schweizer Wohlfahrt. Das InstA käme einer Preisgabe der Schweiz gleich.

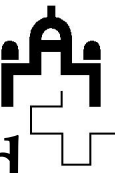
Beurteilung des InstA und Forderungen der SVP

1. **Das InstA führt die Schweiz schleichend in die EU**, ohne dass die Schweiz über einen EU-Beitritt abstimmen kann. Ein solcher Anbindungsvertrag ist abzulehnen.
2. Durch die Unterzeichnung werden in Zukunft die **Schweizer Wirtschaftspolitik** und Normenfestlegung, die **Schweizer Verkehrspolitik**, die **Schweizer Landwirtschaftspolitik** und die **Zuwanderung** inklusive Arbeitsmarktregulierung und Zugang zu den Schweizer Sozialversicherungen **in wesentlichen Teilen allein von der EU für unser Land bestimmt**. Das ist unhaltbar.
3. Die SVP unterstützt **bilaterale Beziehungen** auch mit der EU. Bedingung ist, dass diese Verträge in gegenseitiger Übereinkunft und im gegenseitigen Interesse abgeschlossen werden. Das InstA verhindert diesen Weg für die Zukunft, indem die EU für die Schweiz Recht setzt, und die Schweiz verpflichtet wird, dieses Recht in der Schweiz zu übernehmen. Damit wird der **CH-Gesetzgeber** – Volk und Stände für die Verfassung, das Schweizer Volk und das Parlament für Bundesgesetze und die Kantone für ihre kantonale Gesetzgebung – **ausgeschaltet**: Die EU ordnet an, die Schweiz vollzieht. **Das InstA ist die Beseitigung des bilateralen Weges, nicht dessen Fortsetzung.**



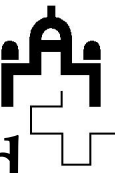
Beurteilung des Institutionellen Rahmenabkommens (InstA) und Forderungen der SVP (2/5)

4. Es sind Massnahmen zu erarbeiten, wie dies der Bundesrat beispielhaft mit der Alternativlösung bei Nichtanerkennung der Börsenäquivalenz getan hat. Ebenso fordert die SVP **ein Effizienzsteigerungs- und Revitalisierungsprogramm** für die Schweiz.
5. Seit über 700 Jahren ist in den Gründungsurkunden und schweizerischen Staat-verfassungen verankert, dass die Schweiz **keine fremden Richter akzeptiert**. Die Gestaltung und Auslegung der schweizerischen Gesetze ist Sache der Schweiz und nicht des Auslandes. Im InstA ist aber – trotz Schiedsgericht – **letztlich der EuGH die Instanz**, die bei Streitigkeiten entscheidet. Dies verstösst gegen die schweizerische Unabhängigkeit und ist nicht annehmbar.
6. Das Schweizer Volk fordert die **eigenständige Steuerung der Zuwanderung** und hat deshalb am 9. Februar 2014 einen Verfassungsartikel zur Steuerung der Zuwanderung beschlossen. Die SVP fordert eindringlich die Durchsetzung dieses Artikels. Das InstA bewirkt das Gegenteil: **Die Personenfreizügigkeit wird mit dem InstA entgegen der Bundesverfassung noch ausgebaut**. So will die EU z.B. die Abschaffung der schweizerischen Lohnschutzmassnahmen und schliesst die Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie nicht aus, was dem Verhandlungsmandat des Bundesrates ausdrücklich widerspricht. Eine solche Übernahme als Folge-gesetzgebung der Personenfreizügigkeit wäre für die Schweiz sehr nachteilig und würde die Schweiz Milliarden kosten. Die Schweiz darf keine solchen untragbaren Verpflichtungen übernehmen.
7. Das Schweizer Volk fordert die **Ausschaffung krimineller Ausländer** und hat deshalb am 28. November 2010 einen Verfassungsartikel beschlossen, der die Ausweisung von Straftätern verlangt, die rechtskräftig verurteilt wurden. Mit dem InstA würde die Ausschaffung hunderter verurteilter krimineller EU-Bürger in Zukunft verunmöglicht.



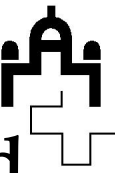
Beurteilung des Institutionellen Rahmenabkommens (InstA) und Forderungen der SVP (3/5)

8. Der wirtschaftliche Vorteil des InstA wird namentlich von den Grosskonzernen damit begründet, die **Rechtssicherheit** würde durch das InstA erhöht. Die Schweiz würde sich jedoch auf Gedeih und Verderb in grossen Teilen der Rechtssetzung der EU ausliefern, wobei völlig unsicher ist, was in Zukunft noch alles zu übernehmen sein wird. Dies kommt einer massiven **Verschlechterung der Rechtssicherheit** gleich. Die Erfahrung zeigt, dass der schweizerische Gesetzgeber, der mit dem InstA ausgeschaltet wird, punkto Rechtssicherheit wesentlich zuverlässiger als die EU ist. Dort wo es Sinn macht, können heute Regeln der EU übernommen werden, dort wo es keinen Sinn macht, sollen sie auch nicht übernommen werden. **Die SVP vertraut auf den bewährten schweizerischen Rechtssetzungsprozess.** Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Schweiz sind den Rahmenbedingungen der EU überlegen. Man vergleiche nur den EU-Instanzendschudel, die Höhe der Mehrwertsteuersätze, die Regulierungsdichte, die Minimalbesteuerungsvorgaben, die extensiven EU-Beihilferegulungen usw. Unser Land ist dank schweizerischem Recht bezüglich Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Exportstärke im Waren- und Dienstleistungssektor im Gegensatz zur EU eine der weltweit führenden Nationen. Dasselbe gilt im Bildungsbereich. Die Gründe für unseren Erfolg sind gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, Rechtssicherheit, eine selbstverantwortliche Staatsordnung und die funktionierende Sozialpartnerschaft. Ihre Vorteile hat sich die Schweiz dank ihrer Unabhängigkeit erarbeitet. Es wäre ruinös, diesen Handlungsspielraum mit dem InstA aufzugeben. Das InstA birgt die Gefahr, dass die Schweiz mittelfristig ihre guten Rahmenbedingungen verliert und somit an Wirtschaftskraft einbüsst. Aufgrund einiger weniger wirtschaftlicher Vereinfachungen dürfen zudem fundamentale staatspolitische und bürgerrechtliche Staatssäulen, die sich bewährt haben, nicht über Bord geworfen werden.



Beurteilung des Institutionellen Rahmenabkommens (InstA) und Forderungen der SVP (4/5)

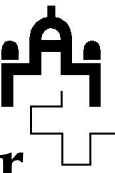
9. Die EU verlangt vom Nicht-EU-Mitgliedsland Schweiz periodisch sog. **Kohäsionszahlungen**. Gemäss EU soll dies die „Zutrittsgebühr für den EU-Binnenmarkt“ sein. Eine solche Zutrittsgebühr ist schon aus präjudiziellen Gründen abzulehnen, denn von keinem einzigen Land werden solche Zutrittsgebühren verlangt oder bezahlt. Würden hier seitens der Schweiz durch das InstA solche Zahlungen akzeptiert, müsste die Schweiz aus Äquivalenzgründen dies ebenfalls verlangen. Entsprechend dem höheren Exportvolumen der EU in die Schweiz würden die Zahlungen der EU an die Schweiz die schweizerischen Zahlungen übertreffen.
10. Zudem ist es offensichtlich, dass die Schweiz, wenn sie den Vertrag übernimmt, im Bereich der **Personenfreizügigkeit** und des **Zugangs zu unseren Sozialversicherungen exorbitante Kosten** übernehmen müsste.
11. Völlig unannehmbar ist die Regelung mit weiteren **Guillotineklauseln**. Statt der angekündigten Abschaffung der Guillotineklausel für die Bilateralen I, sieht das InstA nun Guillotineklauseln nicht nur für die bisherigen Marktzugangsabkommen, sondern auch **für das InstA selbst vor, sowie zusätzlich eine Guillotineklausel für alle «Abkommen», die die Schweiz später übernehmen muss**. Damit wird die Schweiz an die EU gebunden und das InstA definitiv zu einem Unterwerfungsvertrag. Guillotineklauseln dürfen keinesfalls akzeptiert werden.
12. Das **Verbot der staatlichen Beihilfen** betrifft das gesamte staatliche Handeln der Kantone, der Gemeinden und des Bundes und würde unseren Föderalismus sowie die Kantons- und Gemeindeautonomie vollständig untergraben. Insbesondere kantonale und kommunale Instrumente wie Wirtschaftsförderung, Investitionen in die Wasserkraft oder Staatsgarantien für Kantonalkassen wären betroffen.



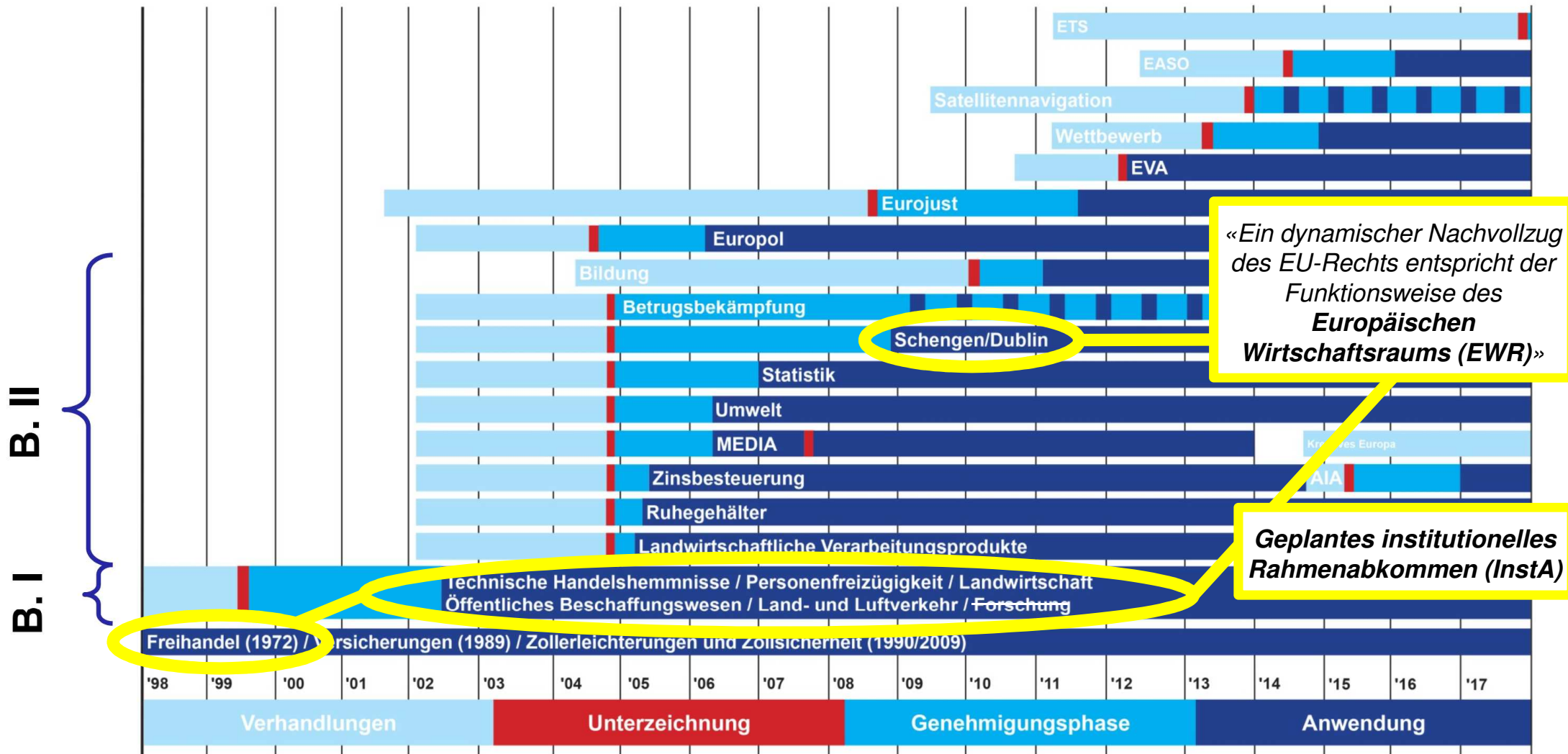
Beurteilung des Institutionellen Rahmenabkommens (InstA) und Forderungen der SVP (5/5)

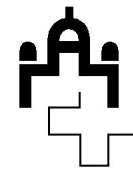
13. Gefährdet wird zudem unser eigenes, föderalistisches und demokratisch legitimates **Steuerrecht** auf allen Stufen. Bereits früher versuchte die EU, gestützt auf das Freihandelsabkommen, das schweizerische Steuerrecht als mit dem Freihandelsabkommen unvereinbar zu erklären. Das InstA wird im Lichte der Rechtsprechung des EuGH den Begriff «Beihilfe» neu auch auf einen Teil unseres Steuersystems anwenden.
14. Die SVP verlangt vom Bundesrat dringend einen **Massnahmenplan** für den Fall, dass die EU der Schweiz wirtschaftliche Retorsionsmassnahmen aufbürdet, falls diese das InstA wegen Unzumutbarkeit ablehnt.
15. Die Schweiz hat ihre bewährte Wirtschaftspolitik fortzusetzen. Sie hat dank ihrer Neutralität und ihres geachteten Rechtsstaates mit allen Ländern der Welt Beziehungen in gegenseitiger Übereinkunft und beidseitigem Interesse. Für die Zukunft ist Wirtschaftspolitik mit dem bewährten Instrument des Freihandels zu betreiben, wobei die Landessicherheit und die Landesversorgung besonders zu beachten sind. Dieser Weg ist fortzusetzen.

Die SVP fordert den Bundesrat auf, diesen Vertragsentwurf weder zu paraphieren noch zu unterzeichnen, sondern zurückzuweisen. Der EU ist freundlich und unmissverständlich darzulegen, dass die Schweiz an guten bilateralen Beziehungen auf Augenhöhe interessiert ist, aber keinen Vertrag unterschreiben kann, der gegen den Zweckartikel der Bundesverfassung verstösst, welcher die Unabhängigkeit des Landes und die Rechte des Volkes garantiert.



Überblick über die wichtigsten bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der EU





Die Kohäsionsmilliarde soll im September gesprochen werden

Ständerat Sommeression 2019			
18.067 s Wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten in der erweiterten EU. 2. Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Staaten (Differenzen)			
Entwurf des Bundesrates	Beschluss des Ständerates	Beschluss des Nationalrates	Beschluss des Ständerates
vom 28. September 2018	vom 29. November 2018	vom 18. März 2019	vom 12. Juni 2019
			Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates, wo nichts vermerkt ist

1

Bundesbeschluss über den zweiten Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU (Rahmenkredit Kohäsion)

vom ...

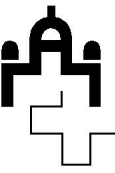
Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, gestützt auf Artikel 167 der Bundesverfassung¹ und auf Artikel 10 des Bundesgesetzes vom 30. September 2016² über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas, nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 28. September 2018³,

beschliesst:

- 1 SR 101
- 2 SR 974.1
- 3 BBl 2018 6665

18.067 - 33

Bundesrat	Ständerat	Nationalrat	Ständerat
Art. 1	Art. 1 ∇ Ausgabenbremse (Das qualifizierte Mehr wurde erreicht)	Art. 1 ∇ Ausgabenbremse (Das qualifizierte Mehr wurde erreicht)	Art. 1
¹ Für den zweiten Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU wird ein Rahmenkredit von 1046,9 Millionen Franken bewilligt (Rahmenkredit Kohäsion).	¹ ...	¹ ...	¹ Festhalten
² Verpflichtungen können bis fünf Jahre nach dem Datum des Beschlusses, längstens aber bis zum 31. Dezember 2024 eingegangen werden.	^{1bis} Verpflichtungen auf der Grundlage dieses Rahmenkredits werden nicht eingegangen, wenn und solange die EU diskriminierende Massnahmen gegen die Schweiz erlässt.	... wird ein Rahmenkredit von 856,9 Millionen Franken bewilligt (Rahmenkredit Kohäsion).	
		¹ In Ergänzung zur Berufsbildungs- und Mobilitätsförderung in den EU-13-Ländern beantragt der Bundesrat der Bundesversammlung gemäss dem Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Bildung, der Berufsbildung, der Jugend und der Mobilitätsförderung (SR 414.51) spätestens im Jahre 2020 einen Kredit zur erneuten Assoziierung der Schweiz ab 1.1.2021 am EU-Programm zur Förderung der allgemeinen und beruflichen Bildung (Erasmus+).	¹ Streichen
Art. 2	Dieser Beschluss untersteht nicht dem Referendum.		



Alle Parteien ausser der SVP stimmen der Zahlung von 1,3 Mia. Franken an die EU zu; zwei Differenzen verbleiben

Entwurf des Bundesrates	Beschluss des Ständerates	Beschluss des Nationalrates	Beschluss des Ständerates
vom 28. September 2018	vom 29. November 2018	vom 18. März 2019	vom 12. Juni 2019
			Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates, wo nichts vermerkt ist

2

Bundesbeschluss über den zweiten Schweizer Beitrag an ausgewählte EU- Mitgliedstaaten zur Unter- stützung von Massnahmen im Bereich der Migration (Rahmenkredit Migration)

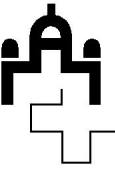
vom ...

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, gestützt auf Artikel 167 der Bundesverfassung¹ und auf die Artikel 91 Absatz 7, 93 Absätze 1 Buchstabe c und 2 sowie 113 des Asylgesetzes vom 26. Juni 1998², nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 28. September 2018³,

beschliesst:

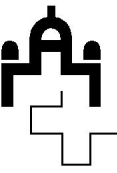
- 1 SR 101
- 2 SR 142.31
- 3 BBl 2018 6665

Bundesrat	Ständerat	Nationalrat	Ständerat
Art. 1 ¹ Für den zweiten Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten zur Unterstützung von Massnahmen im Bereich Migration wird ein Rahmenkredit von 190 Millionen Franken bewilligt (Rahmenkredit Migration).	Art. 1 ▽ Ausgabenbremse (Das qualifizierte Mehr wurde erreicht)	Art. 1 ▽ Ausgabenbremse (Das qualifizierte Mehr wurde erreicht) ¹ wird ein Rahmenkredit von 380 Millionen Franken bewilligt (Rahmenkredit Migration).	Art. 1 ¹ Festhalten
² Der Rahmenkredit hat eine Laufzeit von zehn Jahren ab dem Datum des Beschlusses.	^{1bis} Verpflichtungen auf der Grundlage dieses Rahmenkredits werden nicht eingegangen, wenn und solange die EU diskriminierende Massnahmen gegen die Schweiz erlässt.		
Art. 2 Dieser Beschluss untersteht nicht dem Referendum.			



Am 6. Juni 2019 verabschiedete der Bundesrat die Botschaft zur Begrenzungsinitiative. Der Nationalrat entscheidet schon im Sept.

- Mit der Begrenzungsinitiative soll der mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU eingeführte **Rechtsanspruch auf die freie Zuwanderung** in die Schweiz aus dem EU-Raum aufgehoben werden.
- In der Bundesverfassung soll verankert werden, dass keine neuen völkerrechtlichen Verträge oder Verpflichtungen abgeschlossen werden dürfen, welche ausländischen Staatsangehörigen einen Rechtsanspruch einräumen auf Aufenthalt, Ausübung einer Erwerbstätigkeit oder Erbringung von Dienstleistungen im Hoheitsgebiet der Schweiz oder auf Einräumung der gleichen Lebens-, Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen wie für Inländer.
- Eine eigenständige Regelung der Zuwanderung ist für jede unabhängige und wirtschaftlich erfolgreiche Nation eine Selbstverständlichkeit.
- Alle souveränen Länder und auch solche, welche allein schon aufgrund ihrer geographischen Lage weit weniger Probleme mit der Einwanderung als die Schweiz haben, kontrollieren die gesamte Einwanderung eigenständig.
- Es käme ihnen nie in den Sinn, über 500 Millionen Bürgern anderer Staaten einen rechtlichen Anspruch auf Einwanderung zu gewähren.
- Sie verschärfen zurzeit vielmehr vor dem Hintergrund der weltpolitischen Entwicklungen ihre Einwanderungsgesetze mit dem Ziel, die Einwanderung strikte nach ihren wirtschaftlichen Bedürfnissen, im Interesse ihrer Sicherheit und nach den Möglichkeiten des Landes auszurichten.



Ein freies und selbstbestimmtes Land wie die Schweiz hat die Einwanderung selber zu steuern, wie dies die meisten Länder tun

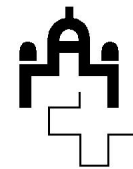
Probleme der masslosen Zuwanderung endlich lösen

Zuwanderung eigenständig regeln

Personenfreizügigkeit notfalls kündigen

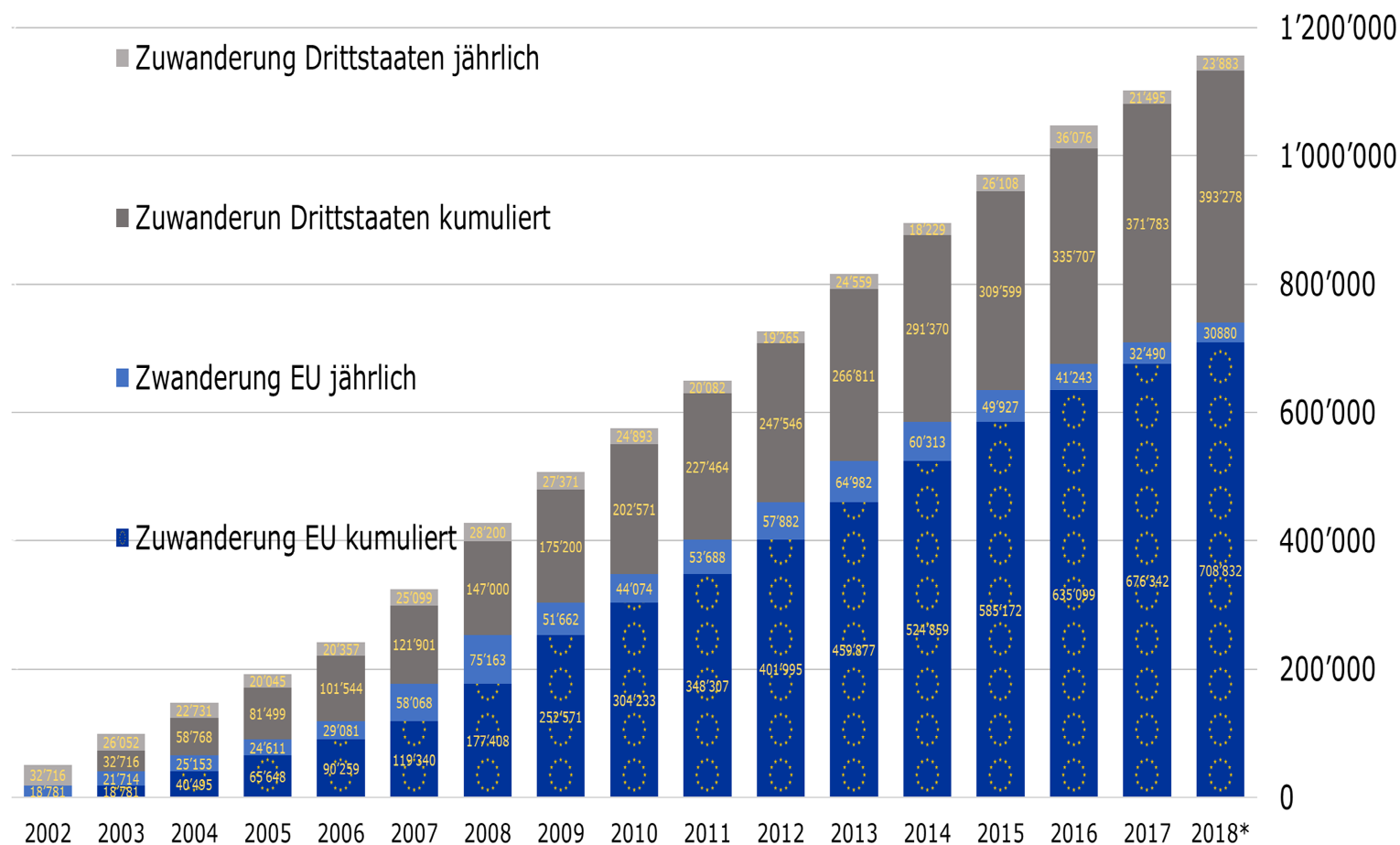
- Seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit der EU im Jahr 2007 gibt es eine unkontrollierte und masslose Zuwanderung in die Schweiz. **Pro Jahr wandern 60'000 bis 80'000 Personen mehr in unser Land ein als es verlassen.** Die negativen Folgen sind schmerzhaft: **Einheimische Arbeitsplätze** werden zusehends **gefährdet**, namentlich ältere Leute verlieren ihre Stelle und werden durch junge Ausländer ersetzt, der **Wohnraum wird knapper**, die **Mieten und Hauspreise steigen** und die Landschaft wird **zubetoniert**. **Züge, Strassen und Schulen** platzen aus allen Nähten. Migranten verändern unsere **Kultur**. Plätze, Züge und Strassen werden **unsicherer**. Hinzu kommt, dass praktisch die **Hälfte aller Sozialhilfebezüger Ausländer** sind. Entsprechend steigen die Sozialhilfeausgaben der Gemeinden ins Unerträgliche.
- Ein freies und selbstbestimmtes Land wie die Schweiz hat die **Einwanderung selber zu steuern, wie dies die meisten erfolgreichen Länder der Welt tun**. Es käme ihnen nie in den Sinn, über **500 Millionen Bürgern anderer Staaten** einen **rechtlichen Anspruch auf Einwanderung** zu gewähren. Vielmehr verschärfen sogar viele Länder vor dem Hintergrund der weltpolitischen Entwicklungen ihre Einwanderungsgesetze.
- Der Bundesrat wird beauftragt, auf dem Verhandlungsweg **das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU** spätestens zwölf Monate nach Annahme der Begrenzungs-Initiative **ausser Kraft zu setzen**. Ist eine Verständigung in dieser Zeit nicht möglich, ist das Personenfreizügigkeitsabkommen innert 30 Tagen zu kündigen.





Bei Fortführung der Personenfreizügigkeit haben wir schon in zehn Jahren eine «10 Millionen-Schweiz»

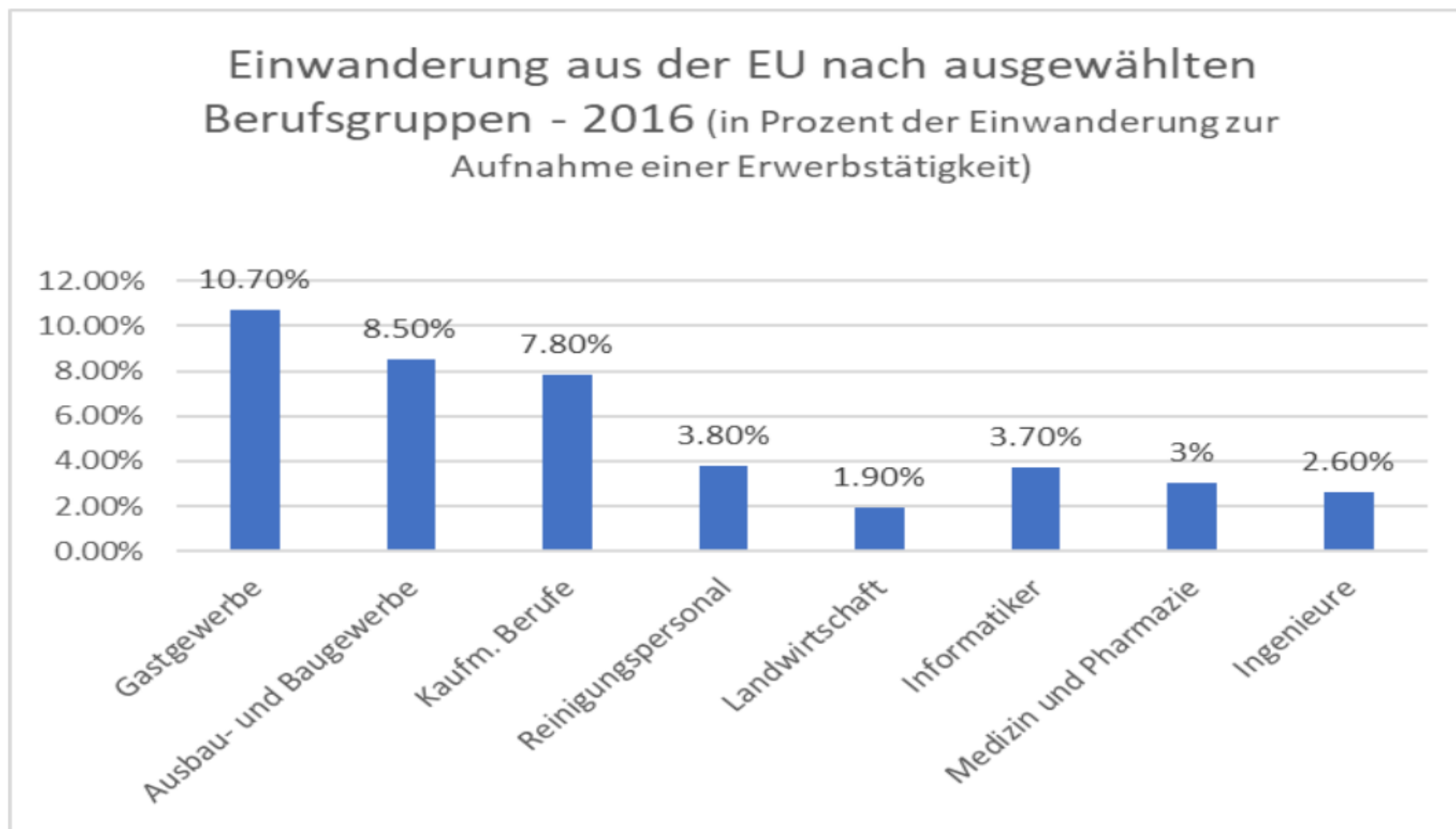
Über 1,1 Millionen Nettozuwanderer seit Einführung der Personenfreizügigkeit



Quelle: BFS

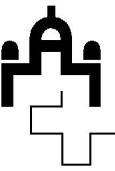
TA / 26. Juni 2019

Die Einwanderung aus der EU erfolgt vor allem in unproduktivere Wirtschaftszweige mit hoher Arbeitslosigkeit



Quelle: SEM

TA / 26. Juni 2019

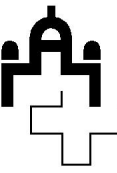


Das revidierte Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen fordert einen Qualitätswettbewerb zwischen den Anbietern

Worum es geht

Ergebnis in den Räten

- Die Gesamtsumme von Zahlungen im Zusammenhang mit dem öffentlichen Beschaffungswesen in der Schweiz beträgt derzeit schätzungsweise rund 41 Milliarden Franken jährlich (rund 20 Prozent Bund und rund 80 Prozent Kantone und Gemeinden).
- Mit der Revision des öffentlichen Beschaffungswesens soll unter anderem die Stärkung des Wettbewerbs, die Klärung von Unterstellungsfragen, die Flexibilisierung des Beschaffungsvorgangs und die Anpassung an die künftigen Herausforderungen, z.B. bei der elektronischen Vergabe, angegangen werden. Zudem wird der Marktzugang von Schweizer Unternehmen in den Mitgliedstaaten des Agreement on Government Procurement (GPA) verbessert. Zudem wird bezweckt, die Beschaffungsordnungen von Bund und Kantonen – unter Beibehaltung der föderalen Kompetenzregelung – einander inhaltlich so weit wie möglich anzugleichen. In Anlehnung an die kantonale Regelung unterscheidet das Gesetz neu zwischen dem sogenannten Staatsvertragsbereich, d.h. öffentlichen Aufträgen, die im Geltungsbereich der internationalen Verpflichtungen der Schweiz im Zusammenhang mit dem öffentlichen Beschaffungswesen vergeben werden, und dem Nicht-Staatsvertragsbereich, d. h. öffentlichen Aufträgen, die nur den Regeln des Binnenrechts unterstehen.
- Das revidierte BöB, das ab Januar 2021 in Kraft tritt, bedeutet einen Paradigmenwechsel: Nicht mehr einfach das billigste Angebot soll bei öffentlichen Vergaben den Zuschlag erhalten. Das neue Gesetz fordert einen Qualitätswettbewerb zwischen den Anbietern. Bei öffentlichen Beschaffungen soll neu das vorteilhafteste Angebot den Zuschlag erhalten, indem auf die Qualität ausgerichtete Zuschlagskriterien aufgenommen wurden und das Kriterium «Verlässlichkeit des Preises» eingeführt wurde.



Der Nationalrat lehnt zwei Initiativen, die Ernteauffälle und höhere Konsumentenpreise zur Folge hätten, ab

Worum es geht

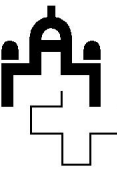
- Die **Trinkwasserinitiative** verlangt, dass nur noch diejenigen Landwirtschaftsbetriebe mit Direktzahlungen unterstützt werden, die keine Pestizide einsetzen, ohne prophylaktischen Antibiotika-Einsatz in der Tierhaltung auskommen und deren Tierbestand mit dem auf dem Betrieb produzierten Futter ernährt werden kann. Damit soll die Qualität unseres Trinkwassers sichergestellt werden.
- Die **Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide»** verlangt, dass der Einsatz von synthetischen Pestiziden in der landwirtschaftlichen Produktion, in der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und in der Boden- und Landschaftspflege verboten wird. Auch die Einfuhr von Lebensmitteln, die synthetische Pestizide enthalten oder mithilfe solcher hergestellt worden sind, soll verboten werden.

Position der SVP

- Die SVP lehnt beide Initiativen ab, da der Bund selbst bereits mit verschiedenen agrarpolitischen Massnahmen wie bspw. dem Aktionsplan Pflanzenschutzmittel und der Strategie Antibiotikaresistenz aktiv ist.

Ergebnis in den Räten

- Der Nationalrat hat die Diskussionen über die Trinkwasser- und die Pestizidverbotsinitiative abgeschlossen. Er empfiehlt beide Volksinitiativen und Gegenvorschläge zur Ablehnung. Beide Initiativen würden die Bauern in ihrem Beruf massiv einschränken. Bei einer strikten Umsetzung wären Ernteauffälle von bis zu 40 Prozent zu erwarten. Die Konsumentenpreise würden um 20 bis 40 Prozent steigen. Mehr Lebensmittel müssten importiert werden. Würde beispielsweise die Pestizidverbotsinitiative angenommen, könnten kaum mehr Kakao und Kaffee importiert werden, was in der Verarbeitungsindustrie tausende Arbeitsplätze kosten würde. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.



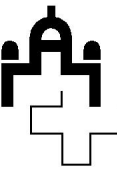
Das seit März 1994 immer wieder im Bundeshaus diskutierte Verordnungsveto fand nun im Nationalrat eine Mehrheit

Worum es geht

- Der Gesetzgeber ermächtigt den Bundesrat, die weniger wichtigen rechtsetzenden Bestimmungen in der Form der Verordnung zu erlassen. In der Praxis kommt es vor, dass eine Verordnungsbestimmung nicht dem Willen des Gesetzgebers entspricht oder keine genügende gesetzliche Grundlage hat. Wer delegiert, sollte die Möglichkeit haben, in einem solchen Fall zu intervenieren. Die Bundesversammlung kann zwar heute bereits das Gesetz in der Weise ändern, dass die Verordnung entsprechend angepasst werden muss. Dieser Weg ist aber aufwändig und zeitraubend. Die Einführung des Verordnungsvetos erlaubt der Bundesversammlung ein erheblich effizienteres Eingreifen. Es ist aber davon auszugehen, dass das Verordnungsveto vor allem eine präventive Wirkung entfalten wird. Das Verordnungsveto soll in Ausnahmefällen dienen. Dies wird erreicht, indem eine hohe Hürde für die Einreichung eines Antrages für ein Verordnungsveto errichtet wird und kurze Fristen für den Ablauf des Verfahrens gesetzt werden. Nur von der Mehrheit einer Kommission unterstützte Anträge gehen an den Rat. Beim Verordnungsveto müssen zudem Ausnahmen vorgesehen werden.

Ergebnis in den Räten

- Das Parlament macht Gesetze. Bundesrat und Verwaltung setzen sie mit Verordnungen um. Doch es kommt immer wieder vor, dass diese nicht dem entsprechen, was der Wille der Parlamentarier bei der Schaffung eines Gesetzes war. Aus diesem Grund stimmte der Nationalrat 113 zu 67 Stimmen bei 8 Enthaltungen einer Parlamentarischen Initiative von Nationalrat Thomas Aeschi (SVP/ZG) zu. Mit dem Verordnungsveto kann die Bundesversammlung künftig eine Verordnung des Bundesrats „kassieren“. Ein Drittel der Mitglieder eines Rates können innerhalb von 15 Tagen nach der Publikation eines Verordnungsentwurfs einen Antrag auf Ergreifung eines Verordnungsvetos einreichen.



Alte Banknoten sollen künftig unbefristet bei der Nationalbank eingetauscht werden können

Worum es geht

Position der SVP

Ergebnis in den Räten

- Alte Banknoten sollen künftig unbefristet eingetauscht werden können. Der unbefristete Umtausch soll ab der sechsten Serie gelten, die ab 1976 in Umlauf gebracht wurde. Von der sechsten Serie sind noch Noten im Wert von über einer Milliarde Franken im Umlauf.
- Der Bundesrat weist in seiner Botschaft ans Parlament auch auf die gestiegene Lebenserwartung und auf die Regeln in anderen Ländern hin. Banknoten der international bedeutsamen und weltweit gehandelten Währungen könnten zeitlich unbeschränkt umgetauscht werden.
- Bei der Regelung geht es auch um Gelder für den Schweizerischen Fonds für Hilfe bei nicht versicherbaren Elementarschäden (Fondssuisse). Gemäss Vorschlag der Wirtschaftskommission des Nationalrats sollen 90 Prozent des Gegenwerts der nicht eingetauschten Noten 25 Jahre nach dem Rückruf einer Banknotenserie an den Fondssuisse sowie an Bund und Kantone verteilt werden. 10 Prozent des Gegenwertes sollen bei der Nationalbank bleiben, als Rückstellung zwecks Erfüllung der Umtauschpflicht.
- Die SVP unterstützt die Abschaffung der Umtauschfrist für Banknoten und wirkte in der Kommission massgeblich am rubrizierten Kompromiss mit.
- Aus Sicht der Mehrheit ist eine Frist nicht mehr zeitgemäss. Es sei nicht nachvollziehbar, dass Banknoten im Gegensatz zu Münzen nach Ablauf einer Frist plötzlich ihren Wert verlören. Eine Minderheit aus Vertretern der SP, der Grünen und der CVP sprach sich gegen die Abschaffung der Umtauschfrist aus.

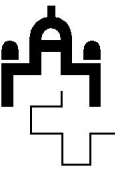
Die SVP-Bundeshausfraktion hiess zu Beginn der Sommersession zwei neue Mitglieder willkommen

Martin Haab

**Therese
Schläpfer**

- Martin Haab, geb. 3. Mai 1962, Meisterlandwirt aus Mettmenstetten, wurde als Nachfolger der in den Zürcher Regierungsrat gewählten Natalie Rickli als Nationalrat vereidigt.
- Therese Schläpfer, geb. 14. April 1959, Gemeindegpräsidentin aus Hagenbuch, wurde als Nachfolgerin des zurück getretenen Jürg Stahl als Nationalrätin vereidigt.



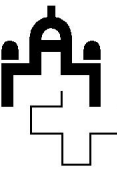


Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (1/15): Ausländerpolitik

**Kriminelle EU-
Ausländer sollen
weiterhin in der
Schweiz bleiben
dürfen**

**Bundesrat soll
weiterhin
Flüchtlinge direkt
einfliegen dürfen**

- Mit 120 zu 64 Stimmen bodigte der Nationalrat eine Parlamentarische Initiative von Nationalrat Hans-Ueli Vogt (SVP/ZH). Das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU soll über der Bundesverfassung stehen (Landesverweisung nach Art. 121 Abs. 3-6 BV). Der Vorstoss geht unter anderem auf ein Urteil des Zürcher Obergerichtes zurück, das einen deutschen Staats-bürger, der wegen verschiedener Delikte des Landes zu verweisen wäre, nicht des Landes verwiesen werden, weil das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU dies nicht zulasse.
- Mit 121 zu 64 Stimmen spielte der Nationalrat wieder mal „alle gegen die SVP“. Er lehnte eine parlamentarische Initiative der SVP ab, welche verlangte, dass grössere Flüchtlingsgruppen nur noch aufgrund eines Entscheides von National- und Ständerat Asyl gewährt wird. Bei kleineren Flüchtlingsgruppen hätte weiterhin das EJPD entscheiden können. Indem der Bundes-rat mit einer einfachen Mehrheit eigenmächtig ganze Kontingente an Flüchtlingen aufnehmen kann, vergibt er direkt Asyl (denn die meisten werden nie wieder heimkehren) und führt damit tausende von Ausländern direkt den Sozialsystemen der Kantone und Gemeinden zu. Das widerspricht unseren demokratischen Prozessen.



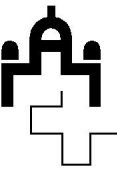
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (2/15): Ausländerpolitik

**Aussetzung des
Familiennach-
zugs von
vorläufig
Aufgenommenen**

- Die SVP wollte mit dieser Parlamentarischen Initiative (17.513) den Familiennachzug von vorläufig aufgenommenen Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen (Art. 85 Abs. 7 AuG) für drei Jahre aussetzen. Nach Ablauf der drei Jahre sei die Situation durch den Bundesrat neu zu beurteilen und dem Parlament Antrag zu stellen. Der Nationalrat gab der Pa.Iv. mit 64 zu 113 Stimmen bei 2 Enthaltungen keine Folge.

**Keine
Unterbringung in
Internierungs-
zentren**

- Immer mehr Ausländerinnen und Ausländer, welche unser Land wegen einer Ausschaffung oder ablehnendem Asylentscheid verlassen müssten, tauchen unter oder bleiben hier. Oft-mals, weil der Vollzug unzulässig oder unmöglich ist. Mit dieser Motion (17.3390) fordert die SVP, solche Personen künftig in Internierungszentren unterzubringen um die Anreize für eine freiwillige Abreise zu erhöhen und die Gefährdung der Öffentlichkeit zu minimieren. Der Nationalrat lehnte die Motion mit 60 Ja- zu 114 Nein-Stimmen ab.

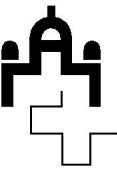


Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (3/15): Aussen- und Staatspolitik

**Nationalrat
fördert
internationales
Genf mit 112
Millionen
Franken**

**Parlament sagt
Ja zu neuem Ein-
und
Ausreisystem
der EU**

- Mit der Weiterführung der bisherigen Strategie will der Bundesrat die Schweiz und vor allem das internationale Genf als Zentrum der multilateralen Diplomatie stärken (19.019). Der Nationalrat hat den dafür vorgesehenen Zahlungsrahmen von 103,8 Millionen Franken genehmigt. Dieser gilt für die Jahre 2020-2023. Hinzu kommen 8 Millionen zur Erhöhung des Aussenschutzes der internationalen Organisationen. Ein Kürzungsantrag um 11,8 Millionen Franken von Nationalrat Peter Keller (SVP/NW) wurde abgelehnt. Eine Mehrheit war der Ansicht, dass die Schweiz Massnahmen trifft, um auch zukünftig als Gaststaat attraktiv und wettbewerbsfähig zu bleiben.
- Die EU führt mit dem Entry/Exit-System 2021 (18.087) ein ähnliches Regime ein wie die USA. Das System erfasst an den Schengen-Aussengrenzen die Reisedaten von Drittstaatsangehörigen, die für einen Kurzaufenthalt von maximal neunzig Tagen ein- oder ausreisen. Das Gesichtsbild aller Reisenden wird gespeichert. Neu werden ausserdem auch die Fingerabdrücke von Personen gespeichert, die nicht visumspflichtig sind. Die in ESS gespeicherten Daten stehen nicht nur an den Schengen-Aussengrenzen, sondern auch im Landesinnern zur Verfügung (also auch in der Schweiz). Hier können die Daten auch zur Verhütung und Aufdeckung terroristischer oder sonstiger schwerer Straftaten eingesetzt werden. Der Nationalrat hat den Rechtsgrundlagen für eine neue Datenbank und automatische Grenzkontrollen an Flughäfen mit 159 zu 17 Stimmen zugestimmt. Im Ständerat war die Vorlage nicht umstritten gewesen.



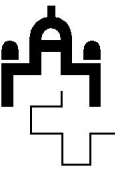
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (4/15): Aussen- und Staatspolitik

**Mehrheit will
Aktivisten des
politischen
Islams nicht
ausweisen**

- Aufgrund von Berichten des Nachrichtendienstes ist davon auszugehen, dass Ausländer in der Schweiz sich als Aktivisten des Islamischen Staates betätigen. Diese Aktivisten bewegen sich in salafistischen Kreisen, die als Nährboden des gewalttätigen islamischen Extremismus gelten. Der Salafismus und andere islamistische Bewegungen gefährden somit die innere Sicherheit der Schweiz. Mit dieser Parlamentarischen Initiative (17.445) forderte die SVP, dass ausländische Aktivisten des politischen Islams unverzüglich auszuweisen seien, zumal Attentate nicht auszuschliessen sind. Und wenn diese Doppelbürger sind, so sei ihnen der Schweizer Pass dringend zu entziehen. Leider stimmte der Nationalrat mit 94 zu 90 Stimmen bei 3 Enthaltungen hauchdünn gegen die Pa.lv.

**Bundesrat soll
Staatsverträge
nicht im
Alleingang
kündigen können**

- Der Nationalrat will im Gesetz regeln, wer für die Kündigung von wichtigen Verträgen wie Staatsverträgen oder völkerrechtlichen Verträgen zuständig ist. Bislang war der Bundesrat der Ansicht, dass er dafür alleine zuständig sei. Das Parlament sieht dies anders. Mit 179 Stimmen bei einer Enthaltung hat der Nationalrat den Entwurf einer entsprechenden Gesetzesänderung angenommen. Mit 34 zu 4 Stimmen stimmte auch der Ständerat zu. In den letzten Jahren ist die Frage der Zuständigkeit aber zum Beispiel im Zusammenhang mit der Masseneinwanderungsinitiative oder der Selbstbestimmungsinitiative der SVP aktuell geworden. Zudem könnte sich die Frage in Zukunft wieder aufdrängen, etwa bei der Begrenzungsinitiative der SVP.

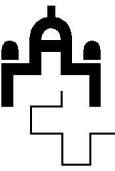


Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (5/15): Wirtschafts- und Steuerpolitik

**Geschlechter-
richtwert für
Verwaltungsräte
und Geschäfts-
leitungen**

**Mehr
Regulierung für
Schweizer
Unternehmen mit
ausländischen
Zulieferern**

- Das Parlament will gesetzlich erzwingen, dass mehr Frauen in Verwaltungsräten und Geschäftsleitungen sitzen (16.077). Fünf Tage nach dem Frauenstreik hat auch der Ständerat Geschlechterrichtwerte für beide Gremien beschlossen. Der Ständerat folgte mit 27 zu 13 Stimmen dem Nationalrat. In Verwaltungsräten grosser börsenkotierter Unternehmen soll künftig jedes Geschlecht zu mindestens 30 Prozent vertreten sein, in Geschäftsleitungen zu mindestens 20 Prozent.
- Schweizer Unternehmen sollen für Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden von ausländischen Zulieferern haften. Das will die Mehrheit des Nationalrats. Über fünf Stunden lang debattierte der Nationalrat über die Konzernverantwortungsinitiative, die Sorgfaltspflichten und Haftungsregeln fordert. Am Ende sprach er sich mit 109 zu 69 Stimmen bei 7 Enthaltungen für einen indirekten Gegenvorschlag aus. Die Mehrheit von SVP und FDP lehnte diesen Gegenvorschlag ab. In der Frühlingssession lehnte der Ständerat einen indirekten Gegenvorschlag knapp ab. Der indirekte Gegenvorschlag wird nun erneut im Ständerat debattiert.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (6/15): Wirtschafts- und Steuerpolitik

**Whistleblower-
Vorlage: Zurück
an den Absender**

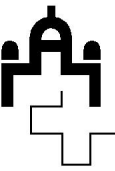
- Der Nationalrat will Whistleblower zwar schützen. Dennoch lehnte er den zweiten Entwurf des Bundesrats zum Schutz bei Meldung von Unregelmässigkeiten ab (13.094). Die kleine Kammer lehnte einen Rückweisungsantrag aber ab und hiess die Revision des Obligationenrechts gut. Im Nationalrat fand sich für das Vorgehen keine Mehrheit mehr. Er lehnte den Nichteintretensantrag der SVP mit 134 zu 49 Stimmen zwar ab, stimmte der Rückweisung des Geschäfts an den Bundesrat aber zu. Das ist mindestens ein Zwischenerfolg der SVP im Kampf gegen die Bürokratie.

**Parlament will
keine Änderung
bei gestohlenen
Bankdaten**

- Das Parlament will die Regeln zum Umgang mit Amtshilfegesuchen auf Basis gestohlener Daten nicht ändern (16.050). Der Ständerat hat es als Zweitrat abgelehnt, auf eine Vorlage einzutreten. Das Geschäft ist damit vom Tisch. Die Mehrheit im Parlament kam zum Schluss, mit der aktuellen Rechtsprechung des Bundesgerichts erfülle die Schweiz die Vorgaben des "Global Forum" bereits. Demnach kann die Schweiz auf Gesuche auf Basis gestohlener Daten eintreten, wenn der ersuchende Staat diese nicht gekauft und sich nicht sonst treuwidrig verhalten hat.

**Nationalrat will
Standort Schweiz
mit 380 Millionen
Franken fördern**

- Der Nationalrat will die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft fördern. Er hat für die Standortförderung 2020-2023 insgesamt 380,3 Millionen Franken gesprochen. Profitieren sollen der Tourismus, die KMU und die Exportwirtschaft. Zu reden gegeben hat vor allem die Frage, mit wie viel Geld Schweiz Tourismus unterstützt werden soll. Mit 220,5 Millionen Franken will der Bundesrat die Digitalisierung des Schweizer Tourismus weiter vorantreiben und damit die Attraktivität des Angebots und den Marktauftritt der Schweiz im Ausland verbessern. Dies fand eine Mehrheit im Rat.

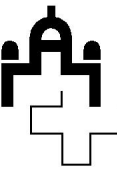


Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (7/15): Finanzpolitik

Einigung beim Finanz- und Lastenausgleich

- National- und Ständerat haben sich auf eine Anpassung des Finanz- und Lastenausgleichs (NFA) geeinigt. Es handelt sich um einen Kompromiss, den die Kantone unter sich und mit dem Bund ausgehandelt haben. Die Geberkantone werden dadurch entlastet, die Nehmerkantone erhalten eine gesetzlich garantierte Mindestausstattung. Auch der Bund spart dabei Geld. Diese Mittel sollen aber im System bleiben: 140 Millionen Franken sollen während einer Übergangszeit zur Unterstützung der Nehmerkantone verwendet werden. Mit dem gleichen Betrag wird der soziodemografische Ausgleich aufgestockt. Dieses Geld kommt den städtischen Zentren zu Gute.
- Der Bundeshaushalt (19.003) schloss mit einem ordentlichen Überschuss von 2,9 Milliarden Franken ab. Budgetiert war ein Plus von 300 Millionen Franken. Das Finanzdepartement erklärte das Ergebnis mit der Einnahmeentwicklung und der hohen Disziplin bei den Ausgaben. Bundespräsident Ueli Maurer geht vom Ende einer ausserordentlichen Periode mit überdurchschnittlichem Wirtschaftswachstum aus. "In den nächsten Jahren werden wir eher in eine Phase kommen, in der wir den Franken zweimal umdrehen müssen", sagte er. Die Staatsrechnung 2018 wurde einstimmig genehmigt.

Staatsrechnung 2018: «Goldener Rechnungs- abschluss»



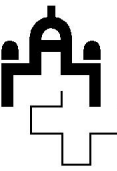
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (8/15): Landwirtschaftspolitik

**Enteignetes Land
besser
entschädigen**

- Der Nationalrat will das Enteignungsrecht modernisieren (18.057) und hat eine Änderung des entsprechenden Bundesgesetzes mit 141 zu 43 Stimmen angenommen. Dabei will er, dass Entschädigungen für Kulturland künftig das Sechsfache des massgeblichen Höchstpreises betragen.

**Auch Ständerat
für Lockerung
des
Wolfsschutzes**

- Der Wolfsschutz in der Schweiz soll stark gelockert werden. Das will das Parlament. Es hat beschlossen, eine Dezimierung des Wolfsbestandes bei jedem drohenden Schaden zu ermöglichen - und selbst dann, wenn keine Herdenschutzmassnahmen ergriffen wurden. Der Ständerat sprach sich mit 25 zu 16 Stimmen bei einer Enthaltung für diese Version aus.



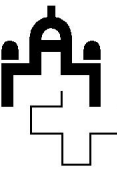
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (9/15): Sicherheitspolitik

**Nationalrat winkt
Armeebotschaft
2019 samt
Minenwerfern
durch**

- Der Nationalrat will für Armeematerial und Immobilien gut zwei Milliarden Franken ausgeben. Mit dem Geld sollen Lücken bei der Aufklärung und der Logistik geschlossen werden. Dazu sollen die überalterten Minenwerfer ersetzt werden. Die Opposition war überschaubar. Die wenigen Kürzungsanträge von links scheiterten deutlich und ohne grosse Emotionen auf Seiten der Verlierer. Eine klare bürgerliche Mehrheit winkte die Bundesbeschlüsse über das Rüstungsprogramm (861 Mio. Franken), die Kredite für Armeematerial (762 Mio. Franken), das Immobilienprogramm (414 Mio. Franken) und auch das geänderte Militärgesetz durch. Sie folgte dabei den vorberatenden Kommissionen und dem Bundesrat.

**Sanierung
belasteter
Schiessstandorte
soll unterstützt
werden**

- Der Bund soll die Sanierung belasteter Schiessstandorte auch dann unterstützen, wenn nach 2020 noch in den Boden geschossen wird (15.486). Das hat der Nationalrat dank der SVP so beschlossen. Auslöser war eine Parlamentarische Initiative von Adrian Amstutz (SVP/BE). Mit seinem Entscheid für diese Parlamentarische Initiative widersetzte sich der Nationalrat einer knappen Mehrheit seiner Umweltkommission und folgte vielmehr einer Minderheit um SVP-Präsident Albert Röstli (BE). Gemäss geltendem Gesetz subventioniert der Bund die Sanierung von Schiessanlagen nur dann, wenn ab 2021 nur noch mit Kugelfang darauf geschossen wird. Diese Sanierungen sind extrem teuer und bedeuten für Schützenvereine oftmals das Aus. Nach Ansicht der grossen Kammer sollen für historische Schiessen und Feldschiessen aber künftig Ausnahmen gelten.



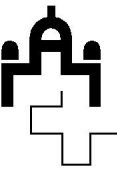
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (10/15): Sicherheitspolitik

**Zivilschützer
sollen weiterhin
nicht
durchdienen
können**

- Zivilschützer sollen ihren Dienst weiterhin nicht an einem Stück leisten können (18.085). Der Nationalrat stellt sich gegen den Vorschlag des Bundesrates, ein Durchdienermodell einzuführen. Diskutiert hat der Nationalrat auch die Frage, ob der Zivildienst als eine Partnerorganisation im Bevölkerungsschutz aufgenommen werden soll. Die Kommission hatte dies so entgegen dem Entwurf des Bundesrats vorgeschlagen. Argumentiert wurde etwa damit, dass die im Zivilschutz fehlenden personellen Ressourcen aufgefangen werden könnten. Dadurch werde die Durchhaltefähigkeit des Gesamtsystems erhöht. Die Mehrheit des Rats stellte sich jedoch mit 130 zu 45 Stimmen gegen den Vorschlag, er fand nur bei der SP Unterstützung. In der Gesamtabstimmung wurde die Totalrevision letztlich ohne Gegenstimme angenommen.

**Krisensicheres
Kommunikations
system**

- Der Bundesrat will ein krisensicheres Kommunikationssystem für Bund und Kantone schaffen (18.088). Mit diesem sollen die Behörden bei Katastrophen und in Notlagen schnell und sicher Informationen auszutauschen können. Der Nationalrat hat am Freitag ohne Gegenstimme 150 Millionen Franken dafür bewilligt.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (11/15): Sozial- und Gesundheitspolitik

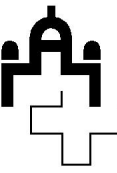
Zweiwöchiger Vaterschafts- urlaub

Ständerat bringt neues Sozialversiche- rungsgesetz auf die Zielgerade

AHV- und IV- Renten wieder in den Kosovo

Räte sind bei Ärzte-Zulassung weit von einer Einigung entfernt

- Der Ständerat hat über die Volksinitiative für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub entschieden (18.052). Die Initiative, die vier Wochen fordert, lehnt er ab. Dafür stimmt er dem Gegenvorschlag zu, der zwei Wochen vorsieht. Das Geschäft geht nun an den Nationalrat. Aus Sicht der SVP kann das Fehlen der Mitarbeiter für weitere zwei Wochen gerade für kleine und mittlere Unternehmen kostspielige Folgen haben.
- Die Revision des Sozialversicherungsrechts ist unter Dach und Fach (18.029). National- und Ständerat haben die letzte Differenz bereinigt. Kern der Vorlage sind schärfere Regeln gegen Versicherungsmissbrauch. Es beinhaltet neu den Grundsatz, dass Personen, die sich mit unwahren Angaben Versicherungsleistungen erschleichen, die Mehrkosten von Observationen tragen müssen. Solche unrechtmässig bezogenen Leistungen sollen neu während dreier Jahre zurückgefordert werden können. Heute läuft die Frist nach einem Jahr ab.
- Kosovaren, die aus der Schweiz in ihre Heimat zurückkehren, sollen ihre AHV- oder IV-Rente wieder erhalten (18.086). Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat diesem Grundsatz zugestimmt. Eine SVP-Minderheit, die gegen das Abkommen stimmte, unterlag nach dem Muster «Alle gegen die SVP» deutlich.
- Spätestens 2021 soll ein definitives Zulassungsregime den provisorischen Ärztestopp ablösen. Der Weg bis dahin ist steinig. Der Ständerat ist in wesentlichen Punkten von den Beschlüssen des Nationalrats abgewichen. Ziel der Vorlage ist es, den Zustrom von Ärztinnen und Ärzten aus dem Ausland zu drosseln. Das Geschäft geht nun an den Nationalrat zurück.



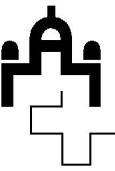
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (12/15): Umwelt-, Energie- und Kommunikationspolitik

**Nein zu Mindest-
abständen bei
Windkraftanlagen**

- Die Motion (17.3473) von Thomas de Courten (SVP/BL) verlangt vom Bundesrat, den Mindestabstand von Windkraftanlagen zu Siedlungsgebieten auf mindestens das Zehnfache der Höhe der Windkraftwerke festzulegen und diesen Mindestabstand gesetzlich zu verankern. Dabei sind die geltenden Lärmgrenzwerte, inklusive zusätzlicher Grenzwerte für Infraschall bzw. tieffrequenten Schall, einzuhalten. Die Mehrheit des Parlaments redet viel von Umwelt- und Lärmschutz. Wenn es aber konkret wird, werden andere Abstimmungsknöpfe gedrückt. So entschied der Nationalrat mit 65 Ja- zu 123 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen gegen die Motion.

**Verbot des
Handels mit
illegal gefällttem
Holz; zusätzliche
Anforderungen
an das
Inverkehrbringen
von anderen
Rohstoffen oder
Produkten**

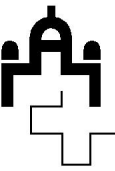
- Der Nationalrat stimmte mit 177 zu 3 Stimmen der Änderung des Umweltschutzgesetzes zu, mit welcher nur noch Holz in Verkehr gebracht werden darf, das vorgängig legal abgeholzt und gehandelt worden ist. Der Nationalrat will zusätzlich, dass Händler verpflichtet werden, die Konsumenten über die Art des Holzes sowie über dessen Herkunft zu informieren. Weiter will der Nationalrat den Bundesrat ermächtigen, Anforderungen an das Inverkehrbringen von anderen Rohstoffen oder Produkten stellen zu dürfen. Er soll auch verbieten können, dass solche in Verkehr gebracht werden, falls deren Anbau, Abbau oder die Herstellung die Umwelt erheblich belastet oder Ressourcen gefährdet. Damit zielt der Nationalrat auf das umstrittene Palmöl. Eine Minderheit stellte sich jedoch gegen diese Ergänzung. Sie bringe weitere Regulierungen mit sich, wie Hansjörg Knecht (SVP/AG) ausführte. Der Nationalrat entschied sich jedoch mit 101 zu 76 Stimmen für den Zusatz.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (13/15): Umwelt-, Energie- und Kommunikationspolitik

**Nationalrat will
SRG in die
Schranken
weisen**

- Der Nationalrat will die SRG daran hindern, einen grossen Teil des Radiostudios von Bern nach Zürich zu verlegen. Der Umzugsentscheid der SRG sorgte im Rat von links bis rechts für Empörung. Mit 120 zu 54 Stimmen bei 10 Enthaltungen hiess der Nationalrat fünf gleichlautende parlamentarische Initiativen gut (18.448, 18.450, 18.451, 18.456, 18.457). Eingereicht hatten diese die Präsidentinnen und Präsidenten der SVP, der CVP, der Grünen und der BDP sowie der Vizepräsident der SP. Sie verlangen, dass die Radio-Informationssendungen weiterhin schwergewichtig in Bern und Lausanne und die TV-Informationssendungen in Zürich und Genf produziert werden müssen.

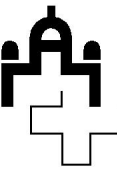


Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (14/15): Verkehrspolitik

**Kampf gegen
Staus! National-
und Ständerat
investieren
Milliarden in
Nationalstrassen**

**Agglomerationsp
rogramme: Die
Räte stocken auf**

- Der Ständerat hat nichts übrig für unausgereifte Autobahnprojekte. Er lehnte drei zuvor vom Nationalrat beschlossene Ausbauvorhaben ab. Der Nationalrat folgte letztlich dem Ständerat (18.066). Für Ausbauten, Betrieb und Unterhalt der Nationalstrasse bewilligte er insgesamt 13,8 Milliarden Franken. Ein Teil davon ist für den Ausbauschritt 2019 vorgesehen. Dieser umfasst die Kapazitätserweiterung Crissier VD, den Bypass Luzern mit Ergänzung Süd und Ausbau Nord sowie die Umfahrungen von Le Locle NE, La Chaux-de-Fonds NE und Näfels GL. Zusammen mit dem Kredit für die Planung von noch nicht beschlossenen Projekten und der zweiten Röhre des Gotthard-Strassentunnels belaufen sich die voraussichtlichen Kosten des Ausbauschritts 2019 auf 5,651 Milliarden Franken.
- Unbestritten waren die 32 vom Bundesrat vorgeschlagenen Agglomerationsprogramme. Das kostspieligste davon ist Limmattal im Umfang von 229 Millionen Franken, gefolgt von Lausanne-Morges mit 135 Millionen Franken. Ebenfalls oppositionslos hiess der Ständerat die vom Nationalrat ergänzten Programme Aargau-Ost, Delémont und Luganese sowie die Aufstockung der Beiträge an Grand Genève und Bulle gut. Das Projekt Oberburg lehnte er für den Moment ab, da es ein schlechtes Kosten-Nutzen-Verhältnis aufweise. Die Verpflichtungskredite für die Beiträge an Agglomerationsprogramme ab 2019 haben damit ein Volumen von rund 1,413 Milliarden Franken. Der Bundesrat beantragte ursprünglich nur 1,345 Milliarden Franken. In der Gesamtabstimmung stimmten beide Räte den Agglomerationsprogrammen einstimmig zu.



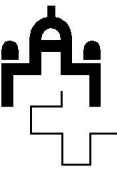
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (15/15): Verkehrspolitik

Entwicklungs- programm Eisenbahn- infrastruktur

Schweizer Bahnnetz soll nicht einfach so für EU- Billigbahnen geöffnet werden

- Neben dem Ausbau des Autobahnnetzes und der Bekämpfung der Staus auf der Strasse, ist der SVP auch die Modernisierung der Bahninfrastruktur viel Geld wert (18.078). Der Nationalrat hat das Budget für den Ausbau des Schienennetzes auf schliesslich 12,89 Milliarden Franken aufgestockt. Ulrich Giezendanner (SVP/AG) kritisierte das "Ungleichgewicht zwischen Personen- und Güterverkehr". Der Ständerat stimmte der Milliardeninvestition in der Sommersession schliesslich ebenfalls zu.
- Der Bundesrat hat im Bericht zum internationalen Personenverkehr (Bus/Bahn) angekündigt, eine Öffnung der Schweiz für internationalen Schienenpersonenverkehr zu prüfen. Die SVP wehrt sich dagegen und will verhindern, dass das Bahnland Schweiz den Billigbahnen aus der EU geopfert wird. Kooperationen mit ausländischen Bahnen sollen möglich sein, nicht aber eine komplette Öffnung der mit viel Steuergeld finanzierten Bahninfrastruktur. Die Kommissionsmotion (18.4105) verlangt vom Bundesrat, dass dieser nicht etwa in eigener Kompetenz über eine allfällige Öffnung des Marktes für den internationalen Schienenpersonenverkehr entscheidet, sondern diese dem Parlament in geeigneter Form zum Entscheid vorlegt. Dem hat der Nationalrat mit 140 zu 35 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.

-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 - 3. Besuch im Bundeshaus**
 4. Aktualitäten



Ein Besuch im Bundeshaus ist während den Sessionen jederzeit möglich – ich würde mich sehr darüber freuen!

Die nächsten Sessionen finden an folgenden Daten statt:

- **Herbstsession: 9. – 27. September 2019**
- **Wintersession: 2. - 20. Dezember 2019**

Ein Besuch im Bundeshaus ist wie folgt möglich:

- **Als Gruppe bis max. 40 Personen:**
 - Anmeldung im Internet unter www.parlament.ch:
Home > Services > Besuch im Parlamentsgebäude > Sessionsbesuche
 - Für Rückfragen E-Mail an sessionsbesuche@parl.admin.ch oder Tel. unter +41 58 322 97 11
- **Als Einzelperson oder Gruppe bis max. 4 Personen:**
 - E-Mail an mich
 - Individueller Besuch im Bundeshaus inkl. Besuch der Wandelhalle

-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 3. Besuch im Bundeshaus
 - 4. Aktualitäten**

Eidg. Wahlen vom 20. Okt. 2019: SVP - Für Freiheit in Sicherheit

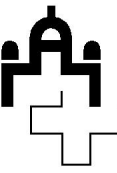


Rot-grüne Verlogenheit

1 Million Zuwanderer

- = **407 Millionen m² Fläche**
zusätzlich beansprucht, überbaut oder zubetoniert –
unter anderem für 454 000 Wohnungen.
- = **543 000 Autos**
zusätzlich auf unseren Strassen unterwegs.
- = **9000 Millionen Strassenkilometer,**
die zusätzlich pro Jahr auf unseren Strassen
gefahren werden.
- = **2 000 000 000 kWh mehr Stromverbrauch,**
also die Leistung von über 500 Gross-Windanlagen
oder Dreckstrom aus Deutschland.
- = **59 Milliarden Liter Wasserverbrauch**
pro Jahr. Wasser, das unseren Bauern im Sommer fehlt.

Die Masseneinwanderung schadet der Umwelt in der Schweiz ganz direkt und vernichtet unsere Ressourcen.
Doch alle anderen Parteien wollen mit ihrer verfehlten Zuwanderungspolitik noch mehr Einwanderer.



Haben Sie Fragen?